

47. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
DIGITAL - 28. - 29. Januar 2022

Gremium: KV Osnabrück-Land  
Beschlussdatum: 30.10.2021  
Tagesordnungspunkt: A Aktuelle Debatte

## Antragstext

- 1 „Die BDK beauftragt den Bundesvorstand mit der Aufarbeitung der Grünen-Haltung zur  
2 Beteiligung der Bundeswehr an der Militär-Intervention in Afghanistan beginnend mit der  
3 Beschlussfassung der BDK in Rostock vom 24./25. November 2001 (s.u.).“
- 4 **Beschluss des 17. Parteitages von Bündnis 90/Die Grünen in Rostock zum Einsatz**  
5 **bewaffneter**  
6 **Streitkräfte der Bundeswehr im Kampf gegen den internationalen Terrorismus vom**  
7 **24./25.**  
8 **November 2001**
- 9 Der Deutsche Bundestag hat am 16.11.2001 mit der Mehrheit von 336 Stimmen beschlossen,  
10 dem  
11 Einsatz deutscher bewaffneter Kräfte im von der UNO mandatierten Kampf gegen den  
12 internationalen Terrorismus zuzustimmen und zugleich dem Bundeskanzler das Vertrauen  
13 auszusprechen. Um die rot-grüne Koalition nicht in dieser Abstimmung scheitern zu lassen,  
14 stimmten mehrere bündnisgrüne Abgeordnete zu, auch wenn sie das Mandat ablehnten. Vier  
15 grüne  
16 Nein-Stimmen brachten einen Widerspruch zum Ausdruck, den mehr als vier Abgeordnete  
17 teilten.
- 18 Die Mehrheit unserer Bundestagsfraktion stimmte aus der Sache heraus zu. Dies hatte der  
19 Bundesvorstand empfohlen, nachdem es gelungen war, die vom Parteirat am 12.11.2001  
20 formulierten Voraussetzungen für eine solche Zustimmung durchzusetzen und in einem  
21 gemeinsamen rot-grünen Entschließungsantrag des Bundestages zentrale politische Ziele des  
22 Kampfes gegen den internationalen Terrorismus festzuschreiben. Daß der Kanzler die  
23 Abstimmung über die Bereitstellung von Bundeswehreinheiten mit der Vertrauensfrage  
24 verband,  
25 war nach der Verfassung möglich, aber weder unvermeidlich noch in der Wirkung Vertrauen  
26 fördernd. Es nicht nur von sehr vielen in unserer Partei, sondern auch von einem großen Teil  
27 der Bevölkerung als Zumutung empfunden worden. Hätte es zwei getrennte Abstimmungen  
28 gegeben,  
29 wäre die Vertrauensfrage trotz der zur Sache vorhandenen Positionsunterschiede von unserer  
30 Fraktion einstimmig und einhellig bejaht worden. Der Bundestagsbeschluß bedeutet nicht nur  
31 die Bereitstellung zum Einsatz deutscher Soldaten im Kampf gegen den internationalen  
32 Terrorismus, sondern zugleich eine Einschränkung und Beschränkung. Die Bundesregierung  
33 wurde  
34 nicht ermächtigt zur Beteiligung an Luftangriffen, zum Einsatz von Bodentruppen, obwohl es  
35 wenigstens zu Letzterem Vorstöße aus der Bundeswehr gab. Gegen einen Einsatz im Irak, in  
36 Somalia oder anderen Ländern über Afghanistan hinaus gibt es eine wirksame Sperre. Das vom  
37 Bundestag beschlossene Mandat erlaubt der Bundesregierung, Sanitätskräfte zur Rettung

30 verwundeter Zivilisten und Soldaten einzusetzen, Lufttransporteinheiten zum Transport  
31 ziviler Hilfsgüter und militärischer Geräte, Fuchsspürpanzer zum defensiven  
32 Aufspüren von ABC-Waffen, Marineeinheiten zum Schutz ziviler Seeschifffahrt am Horn von  
33 Afrika und 100 Mann Spezialkräfte, die Zugriffe ausführen können, um identifizierte  
34 mutmaßliche Täter dingfest zu machen und vor Gericht zu bringen. Es geht um humanitäre, um  
35 Defensiv- und Schutzfähigkeiten und polizeiähnliche Aufgaben. Dies entspricht den Maßstäben,  
36 die der Länderrat beschlossen hat. Repressive Mittel sollen nur eingesetzt werden unter  
37 Einbindung in ein politisches Konzept, unter dem Grundsatz der Zielgerichtetheit und  
38 Verhältnismäßigkeit, in Übereinstimmung mit der Charta und den Beschlüssen der UNO  
39 einschließlich des Rechts auf Selbstverteidigung und unter Vermeidung eines "Kampfes der  
40 Kulturen". Wir begrüßen, daß die Bundestagsfraktion Präzisierungen und Klarstellungen zu dem  
41 Mandat durchgesetzt hat. Das gilt für den Täterbezug, für die polizeilichmilitärische  
42 Verwendung der Spezialkräfte, für örtliche Beschränkung des Einsatzes. Es gilt auch für die  
43 Berichterstattungspflicht. Dadurch ist es dem Bundestag möglich, sein verfassungsmäßiges  
44 Recht zur Selbstbefassung mit der weiteren Mandatsgestaltung wirksam auszuüben. Angesichts

45 der Brisanz dieses Militäreinsatzes ist eine transparente Informationspolitik gegenüber der  
46 Öffentlichkeit absolut notwendig. Der bisherige Umgang mit den internationalen Medien ist  
47 äußerst unbefriedigend: Einsatzziele werden nicht genannt, die Öffentlichkeit wird nur  
48 unregelmäßig und bruchstückhaft informiert. Die Medien werden von beiden Seiten als  
49 Propagandamittel eingesetzt. Von den Informationsdefiziten der USA und Großbritanniens sind  
50 nicht nur die weltweiten Medien betroffen sondern auch die nationalen Regierungen und  
51 Parlamente der NATO-Mitgliedsländer. Diese polarisierende Informationspolitik ist nicht  
52 geeignet ein gleichberechtigtes multilaterales Bündnis gegen den Terror aufzubauen. Da sich  
53 die Lage in Afghanistan sieben Wochen nach Beginn der militärischen Angriffe der USA und  
54 Großbritanniens gegen Al Quaida und Taliban für die Menschen positiv entwickelt, wächst die  
55 Hoffnung, daß nun in Afghanistan und darüber hinaus politische Lösungen mehr ins Zentrum  
56 rücken. Zum ersten Mal seit Jahren besteht die Chance, die wegen Dürre, Bürgerkrieg und  
57 Taliban-Regime schlimme humanitäre Situation grundlegend zu verbessern. Wir haben  
58 kritisiert, dass im Krieg eine große Zahl unbeteiligter Zivilisten und zivile Einrichtungen  
59 von Bomben und Raketen getroffen wurden. Nicht nur viel zusätzliches Leid, Tod und  
60 Zerstörung sind die Folge, sondern auch neuer Hass und Bereitschaft zu Gewalt, die neue  
61 politische Probleme schaffen. Eine wirksame Eindämmung terroristischer Gewalt wird dadurch  
62 schwieriger. Ein großer Teil der Grünen Partei, Kreis- und Landesverbände, halten dies für  
63 falsch und haben dagegen votiert. Aus Sorge vor einer drohenden humanitären Katastrophe und

64 vor den Rückwirkungen eines militärischen Vorgehens, das infolge der Bombardements immer  
65 mehr zivile Opfer forderte, in der islamischen Welt sowie aus scharfer Kritik insbesondere  
66 am Einsatz international geächteter Streubomben haben wir die USA mehrfach offen kritisiert.  
67 Genau so offen nehmen wir jetzt zur Kenntnis, daß der weitgehende Sturz der Taliban nun  
68 ermöglicht, den Großteil der Bevölkerung wirksam humanitär zu versorgen und mit dem  
69 Neuaufbau des Landes zu beginnen. Die in der kommenden Woche in Bonn stattfindende  
70 Afghanistan-Konferenz der UNO soll eine tragfähige, alle Ethnien einschließende NachTaliban-  
71 Lösung eröffnen, da eine einseitige Dominanz der Nord-Allianz den Frieden nicht sichern  
72 kann. Mit der Wahl des Tagungsortes anerkennt die UNO die besondere, positive Rolle, die  
73 Deutschland und insbesondere Außenminister Joschka Fischer bei der Arbeit an einer  
74 politischen Lösung für das geschundene Land spielen. In dem vom Bundestag verabschiedeten

75 Entschließungsantrag haben die vom grünen  
76 Länderrat im Oktober formulierten politischen Ziele im Kampf gegen den internationalen  
77 Terrorismus ihren Niederschlag gefunden. Diese Entschließung ist geprägt von der Einsicht,  
78 daß der Kampf gegen den Terrorismus nicht allein und auch nicht überwiegend militärisch zu  
79 gewinnen ist. Er kann nur gelingen, "wenn vor allem auch politische, ökonomische und  
80 humanitäre Maßnahmen ergriffen werden". Der Bundestag fordert eine Verstärkung der  
81 Anstrengungen, um lang schwelende Regionalkonflikte zu lösen. Er spricht sich für eine  
82 konsequente zivile Konfliktbearbeitung und Konfliktprävention aus. Er verlangt, "den  
83 Ausgleich zwischen Arm und Reich ins Zentrum einer globalen Friedenspolitik zu rücken". Er  
84 bekennt sich zum Dialog zwischen den Kulturen und mit den Religionen als Voraussetzung für  
85 das friedliche Zusammenleben in multikulturellen Gesellschaften. Bündnis 90/Die Grünen  
86 erwarten, daß diesen Selbstverpflichtungen nun Taten folgen. Die Bundestagsfraktion wird  
87 aufgefordert dafür zu sorgen, daß insbesondere die erforderlichen Haushaltsmittel  
88 bereitgestellt werden, damit gemeinsam mit der FAO ein gemeinsamer Fonds zur Stärkung  
89 ländlicher Räume in den ärmsten Regionen der Welt aufgelegt und gemeinsam mit dem World  
90 Food  
91 Program die Hilfe für die notleidenden Menschen in Afghanistan und angrenzenden Ländern  
92 deutlich aufgestockt werden; damit wirklich substantielle Hilfe für den Wiederaufbau in  
93 Afghanistan geleistet werden kann; damit nach langen Jahren endlich das vereinbarte Ziel  
94 schrittweise umgesetzt wird, 0,7% des BIP für Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen;  
95 damit bei der Konferenz "Financing for Development" im März 2002 oder beim Johannesburg-  
96 Gipfel im September Fortschritte in der Armutsbekämpfung gemacht werden. Insgesamt kommt  
97 die  
98 Bundesdelegiertenkonferenz zu folgender Bewertung der Bundestagsabstimmung. Wir  
99 respektieren  
100 ausdrücklich, daß unsere Abgeordneten in dieser Entscheidung, die Gewissensfragen genau so  
101 berührt wie politische Grundsatzfragen, zu unterschiedlichen Ergebnissen kamen. Niemand hat  
102 sich die Entscheidung leicht gemacht. Wir akzeptieren, daß unsere Abgeordneten mehrheitlich  
103 der Bereitstellung von Einheiten der Bundeswehr zur Bekämpfung des internationalen  
104 Terrorismus zugestimmt haben. Wir halten es für richtig, daß die vorhandene Kritik an dem  
105 Einsatz, die in unserer Partei ihren Platz hat, in der Abstimmung zum Ausdruck gebracht  
106 wurde. Wir begrüßen, daß von der Bundestagsfraktion gemeinsam zivile Prioritäten im Kampf  
107 gegen den internationalen Terrorismus voran gebracht wurden. Der Parteitag könnte, selbst  
108 wenn er wollte, den Bundestagsbeschluß nicht rückgängig machen oder aufheben. Aber auch  
109 angesichts der dramatisch veränderten Lage in Afghanistan ist es möglich, den Krieg zu  
110 beenden. Bündnisgrüne setzen sich dafür ein, dass die bereitgestellten Bundeswehrsoldaten  
111 nur im Rahmen der Erfüllung des beschlossenen Mandats herangezogen werden, sei es zu  
112 humanitären Aufgaben wie Hilfe für Verletzte, sei es zum Transport von Versorgungsgütern und  
113 Seeüberwachung zum Schutz der zivilen Seefahrt, sei es durch Einsatz der Spezialkräfte zu  
114 gewaltsamen polizeiartigen Einsätzen, um mutmaßliche Terroristen zur Verantwortung zu ziehen  
115 und vor einen internationalen Strafgerichtshof zu bringen. Bündnisgrüne wollen nicht, dass  
116 der Krieg auf andere Länder, etwa im Nahen und Mittleren Osten ausgeweitet wird. Das heißt  
117 insbesondere auch, dass in Ländern außerhalb Afghanistans, in denen es derzeit keine  
118 Regierung -gibt, wie Somalia, deutsche bewaffnete Kräfte nicht ohne Befassung des Deutschen  
119 Bundestages eingesetzt werden, wie in der Protokollerklärung zugesagt ist. Wir fordern  
120 unsere Mandatsträger auf, ihr Möglichstes zu tun, um diese Vorstellungen in der Politik der

118 nächsten Monate und Jahre umzusetzen.  
119 Bündnis 90/Die Grünen bleiben auch der pazifistischen Tradition verpflichtet und verbunden.  
120 Es ist gut, daß die Bundestagsfraktion einen Weg fand, die Entscheidung in der Sache, die  
121 Freiheit der Kritik und eine klare Entscheidung für die Koalition zu verbinden. Wir würdigen  
122 die Haltung aller, die das mit ermöglicht haben, obwohl sie persönlich anderer Meinung  
123 gewesen sein mögen. Unsere Antwort auf die Frage nach der Koalition ist eindeutig: Bündnis  
124 90/Die Grünen wollen die rot-grüne Koalition fortsetzen, weil sie gut ist für die Menschen  
125 und für dieses Land. Der SPD sagen wir: Wir sind ein fairer Partner und wir erwarten faire  
126 Partnerschaft. Die rot-grüne Koalition hat Erfolge aufzuweisen, die von Klimaschutzprogramm  
127 und Energiewende über das Einleiten der Agrarwende, Staatsangehörigkeitsrecht und  
128 gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften bis zu unseren jüngsten Erfolgen beim  
129 Bundesnaturschutzgesetz und der Einwanderungspolitik reichen. Wir Grüne können  
selbstbewußt  
130 sagen: vieles von dem, das der Kanzler bei seinem Parteitag als Erfolg gefeiert hat, bis hin  
131 zur Haushalts- und Steuerpolitik, hätte es ohne uns nicht gegeben. Ebenso wichtig wie die  
132 bisherigen Erfolge ist, was wir noch vorhaben. In der laufenden Legislaturperiode wollen wir  
133 noch das Atom-Ausstiegsgesetz beschließen, die Anerkennung geschlechtsspezifischer und  
134 nichtstaatlicher Verfolgung erreichen, ethische Grenzziehungen bei den Entscheidungen zur  
135 Gentechnik sichern und zusätzliche grüne Anstöße für eine energischere Politik gegen die  
136 Massenerwerbslosigkeit setzen. Wir haben noch viel vor. Nur mit uns Grünen wird es die  
137 Umsetzung des Atomausstiegs und aktive Klimapolitik samt Fortentwicklung der Ökosteuer, die  
138 Abschaffung der Wehrpflicht, die Verkehrswende und Lärmbekämpfung, mehr Geld für Kinder  
und  
139 ihre Bildung, die Durchsetzung der Agrarwende und die Neuordnung der sozialen Sicherung mit  
140 Einführung einer Grundsicherung geben. Doch auch aus außenpolitischer Verantwortung wollen  
141 wir dieses Land nicht der heutigen Opposition überlassen. Grüne Außenpolitik setzt auf  
142 eigenständige Perspektiven. Sie setzt auf eine neue Friedenspolitik für das 21. Jahrhundert.  
143 Diese zeichnet sich dadurch aus, daß sie angesichts der Gefahren privatisierter Gewalt die  
144 Stärkung der UNO, die Universalität der Menschenrechte, Gewaltprävention und zivile  
145 Konfliktbearbeitung sowie die Geltung des Rechts in den internationalen Beziehungen ins  
146 Zentrum rückt. Wir wissen, daß sich Gewalt als ultima ratio leider nicht immer ausschließen  
147 läßt. Wir anerkennen das Recht auf Selbstverteidigung nach Artikel 51 der Charta der UNO.  
148 Die Bundeswehr darf aber nicht im Kontext klassischer Interventionen eingesetzt werden.  
149 Dagegen kann sich die Bundeswehr an internationalen Einsätzen zur Bewahrung und  
150 Wiederherstellung des Friedens, die mit einem Mandat der Vereinten Nationen durchgeführt  
151 werden, beteiligen. Bündnis 90/Die Grünen bleiben eine militärkritische Partei mit hoher  
152 Friedenskompetenz. Grüne Außenpolitik setzt sich auch ein für eine andere, positive  
153 Gestaltung der Globalisierung. Es gilt, neue internationale Ordnungsstrukturen zu schaffen,  
154 die der wirtschaftlichen Globalisierung ökologische, soziale und menschenrechtliche  
155 Leitplanken setzen. Eine internationale Strukturpolitik ist dafür notwendig. Grüne  
156 Außenpolitik setzt auf die Stärkung Europas, auf machtpolitische Selbstbeschränkung und  
157 internationale Einbindung statt auf machtpolitische Sonderwege, auf Hegemonie oder auf  
158 Nationalismus. Grüne Außenpolitik setzt im transatlantischen Verhältnis auf enge und gute  
159 Beziehungen zu den USA. Bei allen  
160 Differenzen und Auseinandersetzungen setzen wir auf die freundschaftliche Haltung der  
161 kritischen Solidarität. Wir Grüne folgen der Vision einer Völkergemeinschaft weltoffener  
162 Demokratien. Die weltweite Betroffenheit, die durch die terroristische Gewalt des 11.

163 September ausgelöst wurde, hat deutlich gemacht, wie sehr die Welt, in der wir leben, real  
164 zu einer Weltgesellschaft zusammenwächst. Mit unserem Einsatz für die Förderung von  
165 Menschenrechten, Demokratie, Toleranz und internationaler Gerechtigkeit tragen wir dazu bei,  
166 dem Terrorismus den Boden zu entziehen. Wir setzen auf die Perspektive einen  
167 "Weltinnenpolitik" mit der Eingrenzung der Gewalt durch internationale Herrschaft des  
168 Rechts. Der gemeinsame Kampf der Staaten und Völker gegen den Terrorismus bietet die  
Chance,  
169 neben dem Selbstverteidigungsrecht der Entwicklung internationalen Rechts einschließlich  
170 entsprechender Sanktionsgewalt ein erhöhtes Gewicht einzuräumen. Wenn terroristische  
171 Aggressoren nicht nur Feinde eines Staates oder Bündnisses sind, sondern der gesamten  
172 internationalen Gemeinschaft, dann wird es langfristig möglich sein, sie als  
173 Verbrecherorganisationen einem zu schaffenden globalen Rechtssystem zuzuführen. Wir setzen  
174 uns mit dieser Perspektive dafür ein, das internationale Recht systematisch weiter zu  
175 stärken. Dazu gehört, daß alle Staaten dem Internationalen Strafgerichtshof beitreten, wie  
176 es Joschka Fischer vor der UNO-Generalversammlung auch von den USA gefordert hat. Es  
gehört  
177 auch zur unverzichtbaren Rolle unserer Partei in der rot-grünen Außenpolitik, klar für  
178 Positionen einzutreten, die beim SPD-Parteitag noch nicht einmal zur Abstimmung gestellt  
179 wurden: Unsere Solidarität ist nicht gleichbedeutend mit bedingungsloser Unterstützung der  
180 US-Militärstrategie. Wir lehnen insbesondere den Einsatz von Streubomben auch bei diesem  
181 Kampf gegen den internationalen Terrorismus ab. Die Verhältnismäßigkeit muß gewährleistet  
182 sein; der Zweck heiligt nicht die Mittel. Wir wollen den Einsatz von  
183 Massenvernichtungswaffen auch weiterhin eindeutig ausgeschlossen sehen. Es darf keine  
184 Eskalationsstrategie geben. Das Völkerrecht deckt Rache nicht ab. Die Koalition gegen den  
185 Terrorismus muß auch eine Koalition für Humanität sein. Wir halten den gezielten Zugriff auf  
186 die mutmaßlichen Täter des 11. September für richtig und nötig, wollen sie aber vor ein  
187 internationales Strafgericht gestellt und nicht liquidiert sehen. Es geht nicht um Krieg  
188 gegen ein Land, eine Kultur oder eine Religion. Wir bleiben dabei: Die USA verdienen unsere  
189 Solidarität, denn sie wurden angegriffen. Die terroristische Bedrohung der USA und anderer  
190 Staaten, auch der Bundesrepublik, hat mit dem 11.9.2001 nicht aufgehört, sondern hält an.  
191 Wir stehen in der Verantwortung, bestmöglich für den Schutz der Bevölkerung, der  
192 internationalen Sicherheit und den Frieden sowie den Erhalt der offenen Gesellschaft zu  
193 sorgen. Wir sind bereit, dies im Rahmen einer breiten internationalen Koalition gegen den  
194 Terrorismus zu tun. Verantwortung aber gibt es nicht ohne Eigenständigkeit. Deshalb sind wir  
195 für kritische Solidarität. Deshalb treten wir dafür ein, die rechtsstaatliche Demokratie so  
196 zu verteidigen, daß nicht ihre eigenen Prinzipien dabei verletzt werden.

## Begründung

20 Jahre Bundeswehr in Afghanistan mit all den Toten, Verletzten, Geflohenen, verausgabten Geldern und den Umständen der Beendigung des Einsatzes sowie den aktuellen Zuständen im Land und den Perspektiven erfordern die Aufarbeitung auch der Grünen-Haltung dazu, um für zukünftige internationale Konflikte die absolute Priorität ziviler Bearbeitung und nicht-militärischer Lösung stärken zu können.